

Ersatz-Endlager

Bürgermeister von Atommeiler-Standorten kritisieren Abschlussbericht der Suchkommission

Von Michaela Reh

Brunsbüttel – Ein Endlager für die gefährlichen Hinterlassenschaften der Atomindustrie existiert in Deutschland nicht. Jetzt hat die Atommüll-Kommission des Bundestages ihren Abschlussbericht vorgelegt, in dem sie Kriterien für einen sicheren Standort zur Aufbewahrung des deutschen Atommülls definiert. Die Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen (Asketa) fühlt sich übergangen. „Unsere Aspekte sind überhaupt nicht berücksichtigt worden“, kritisiert Brunsbüttels Bürgermeister Stefan Mohrdieck. Das will keiner seiner Amtskollegen widerspruchslos hinnehmen.

Brunsbüttels Verwaltungschef hat deshalb ein Schreiben an den schleswig-holsteinischen Umweltminister Robert Habeck (Grüne) verfasst, in dem noch einmal die Kernforderungen der Asketa aufgeführt sind. Ziel der Aktion: „Wir

wollen, dass unsere Forderungen in einer Änderung des Standortauswahlgesetzes ihren Niederschlag finden.“ Die Standortgemeinden machen sich unter anderem dafür stark, dass ein zentrales Zwischenlager für alle Zwischenlager-Castoren geschaffen werde. Die Bürgermeister der zwölf Kernkraftwerksstandorte in Deutschland befürchten, dass sich die Atommüllzwischenlager in ihrer Heimat zu Ersatz-Endlagern entpuppen.

Und die will keiner vor seiner Haustür haben. „Die bisherigen Zwischenlager sind für eine Zeit von 40 Jahren genehmigt worden. Für viele Menschen, die an den Standorten wohnen, bedeutet das faktisch schon eine Endlagerung“, sagt Mohrdieck. Ein zentrales Lager würde die betroffenen Kommunen entlasten. Davon unabhängig dürfe die Suche nach einem Endlager nicht verzögert werden. Mohrdieck appelliert als Asketa-Sprecher an die Politik, Verantwortung für eine zügige Atommüll-Entsorgungspolitik zu übernehmen. „Die Endlagersuche darf nicht weiter hinausgezögert werden.“

Die im Sommer 2014 eingesetzte Endlagersuchkommission hatten nach zweijährigen Beratungen Kriterien für die Suche nach einem sicheren Standort festgelegt. Auch der seit Jahrzehnten erkundete Salzstock in Gorleben kommt weiter als mögliches Endlager infrage.

Entscheiden sollen letztlich Bundestag und Bundesrat. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks geht davon aus, dass die Einlagerung des Atommülls 2050 beginnen kann. Einige Experten glauben, dass diese Schätzung zu optimistisch ist. Ein weiteres Thema, das Mohrdieck umtreibt, ist der Atommüll aus den Wiederaufbereitungsanlagen La

Hague in Frankreich und Sellafield in England, der voraussichtlich auf mehrere deutsche Kraftwerk-Zwischenlager verteilt werden soll. „Unser Zwischenlager kommt dafür zwar nicht in Frage, weil ihm zurzeit aufgrund eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts die Genehmigung fehlt und der Betrieb nur geduldet wird. Aber das benachbarte Brokdorfer Zwischenlager ist im Gespräch – und Brunsbüttel könnte mit seinem Tiefseehafen Transportdrehscheibe und damit auch betroffen sein.“ Der Asketa sei es wichtig, dass alle sicherheitstechnischen Fragen in diesem Zusammenhang geklärt werden. Sie fordert deshalb auch, die Öffentlichkeit bei den erforderlichen Verfahren zu beteiligen, die nötig sind, um in einem Standort-Zwischenlager fremden Atommüll einzulagern. „Das ist wichtig, um auch die Rechte der Bürger wahrzunehmen.“

Wegen eines Imageschadens wollen sich die Standortgemeinden für eine finanzielle Entschädigung einsetzen. „Auch wenn die Kernkraftwerke zurückgebaut werden, haftet unseren Kommunen etwas Negatives an“, so Mohrdieck. Und das für viele Jahre – ohne dass die Städte noch nennenswerte Gewerbesteuer von den Kernkraftwerken einnehmen.